

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über die Briefpost 1,50 M., bei Zustellung unter Streichband 1,50 M. ...

Inserate sollen die achte Spalte, Hauptzeile oder deren Raum 20 Pf., kleine Anzeigen das eingedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. ...

# STREIFITZ

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Sozialistische Mehrheit in Wien.

## Wahlstiege in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 5. Mai. Nach den bis 12 Uhr nachts vorliegenden Ergebnissen erhielten von den zu besetzenden 165 Mandaten für den Wiener Gemeinderat die Sozialdemokraten 92, die Christlich-Sozialen 60 Mandate, der Rest entfiel auf Tschechen, Jüdisch-Nationale und Deutsch-Nationale. Die Wahl zum Landtag ergab in Wien, wo 68 Mandate zu besetzen waren, ein ähnliches Stärkeverhältnis der Parteien. In den vier Landtagswahlkreisen des flachen Landes wurden gewählt 24 Christlich-Soziale, 20 Sozialdemokraten und 6 Deutsch-Nationale. Die Wahlen sind in Wien und auf dem flachen Lande vollkommen ruhig verlaufen.

## Abschluß der Operationen gegen München.

150 Tote, 900 Verwundete, 5000 Verhaftete.

Der Reichswehrminister Rosske hat an den Generalleutnant von Cuen ein Telegramm gerichtet, worin er ihm und der Truppe volle Anerkennung und herzlichen Dank ausspricht. In der Tat sind die Leistungen der Regierungstruppen in München alle Anerkennung wert, sie reichen fast an das heran, was sie in Berlin, sie übertrafen das, was sie an anderen Orten vollbracht haben. Wie aus den vielen Meldungen der bürgerlichen Presse aus München zu entnehmen ist, soll es bei den Straßenkämpfen bis jetzt 150 Tote und 900 Verwundete gegeben haben, außerdem sollen über 5000 Verhaftungen erfolgt sein. Ueberstimmend wird gemeldet, daß die Regierungstruppen nur mäßige Verluste hatten. Es wiederholt sich also hier das, was wir so oft schon erlebt haben, daß die gewaltigen militärischen Mittel der Regierungstruppen die Möglichkeit geben, jeden Widerstand kurzerhand niederzuschlagen. Man muß aber auch hier damit rechnen, daß nicht nur bewaffnete Arbeiter Opfer der Messel geworden sind, sondern daß auch Unbefeiigte erschossen wurden.

Die Erschießung Landauers ist amtlich noch nicht bekannt worden. Dagegen sind eine Anzahl anderer Mitglie der Regierungstruppen erschossen oder mitschuldig niedergeschlagen worden. In den ersten Tagen der Revolution, bei Kugelhieb aber festgenommen worden sein, als er totland mied. Von den Personen die als Geiseln erschossen worden sind, werden folgende Namen genannt: 1. Walter Reuband aus München, 2. Baron von Reuband aus Regensburg, 3. Maler Friedrich von Seidlitz aus München, 4. Walter Deike aus München, 5. Grafin Ilse aus München, 6. Eisenbahnschreiber Oella von Westorf aus München, 7. Maler Professor Ernst Anton Daumenlang aus München, 8. Prinz von Thurn und Taxis, Berger aus München, 9. Prinz von Thurn und Taxis, schließlich zwei Angehörige der preussischen Garde-Schützen-Division. Die "Frontierzeitung" und andere Blätter behaupten, daß die Geiseln auf bestialische Weise getötet worden seien. Einigen Toten seien die Augen ausgegraben, die Zungen und Hände abgeschnitten worden. Das ist das selbe Grauelmärchen, das wir aus der Kriegszeit her kennen und das unzählige Male als Beweis für die Schandthaten der Feinde an deutschen Soldaten verbreitet worden ist. Einige andere Blätter berichten dagegen, einwandfrei sei festgestellt worden, daß eine Anzahl von den Nachbarn herrührten, daß eine Versammlung der Erschlagenen nicht vorgenommen worden sei. Den Befehl zum Erschießen der Geiseln soll der Reichswehrminister gegeben haben. Seidl wurde später festgenommen, er sollte standrechtlich erschossen werden, während preussische Soldaten hätten sich aber dessen geweigert und ihn einjährig erschossen.

Über München wehen wieder die weiß-blauen Fahnen, die Farben des Mittelbayerischen Königtums. Die roten Fahnen sind von den kaiserlichen Regierungstruppen wieder eingebracht worden. Die bürgerliche Presse berichtet davon, daß die Kolonnen von kaiserlichem Jubel der Bevölkerung begrüßt worden seien, der "Lokal-Anzeiger" muß jedoch betonen feststellen, daß sie an einzelnen Stellen beschimpft wurden und von der Bevölkerung mißhandelt worden seien. Im Zusammenhang mit dem Vorfall in München, daß die Soldaten angegriffen wurden, das läßt nicht darauf schließen, daß die Stimmung der arbeitenden Bevölkerung Münchens durch den Sieg der Regierungstruppen gebessert worden und daß jetzt mit der "Reue und Ordnung" zu rechnen sei. Die Abneigung wird auch durch den Ausruf des Oberbefehlshabers Reich bestätigt, welche Hoffnungen die reaktionäre Presse an den Sieg der weißen Garde in München knüpft, geht deutlich aus dem Telegramm der "Täglichen Rundschau" vom Montag morgen hervor. Es heißt darin, daß die Ermordung der Geiseln nicht nur der entmenschten Münchener Mörderbande zur Last falle, sondern auch dem Ministerium Hoffmann, insbesondere dem

antimilitaristischen Minister Schneppenbock, der "jenes Gefindel gebildet und großgezogen" habe. Der "wüste Spul" sei nunmehr dank dem Eingreifen der bayerischen, württembergischen und namentlich der preussischen Truppen zu Ende und man möchte hoffen, daß mit der Befreiung der Münchener Mätereipubliz die Reihe der Revolutionen und Aufstände, die wir im ersten halben Jahre in der deutschen Republik erlebt hätten, vorerst beendet wäre. Das Blatt bringt damit zum Ausdruck, daß es nicht einmal die Regierung Hoffmann für zuverlässig genug hält, um die Vorkerrschaft des kapitalistischen Bürgertums in Bayern wieder herzustellen.

In einer amtlichen Meldung wird mitgeteilt, daß nach Wiederherstellung gesicherter Zustände in München die militärische Leitung vollständig in bayerische Hände übergehe. Das Ministerium Hoffmann hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß es baldmöglichst dazu schreiten werde, die Reichswehr dem Reichswehrminister zu übergeben, dessen Ausführungsbestimmungen entsprechend aufzustellen. In Besprechungen mit dem Reichswehrminister traf die Militärminister Schneppenbock mit militärischer Begleitung am Montag nachmittags in Berlin ein. Herr Schneppenbock scheint sich als in seinen Auffassungen über das Wesen der Regierungstruppen ja gewandelt zu haben, daß Herr Kossel ihm jetzt für zuverlässig genug hält, um mit ihm die weiteren Verhandlungen zu führen.

## Die Friedensverhandlungen.

(Einiger Drahtbericht der "Freiheit")

Versailles, 4. Mai. Diejenigen, die die Forderung nach einer anderen Zusammensetzung der deutschen Delegation mit dem Argument ablehnten, die Persönlichkeit der deutschen Vertreter würde auf die Formulierung der feindlichen Bedingungen keinerlei Einfluß ausüben, erhalten jetzt täglich die Antwort darauf durch die französische Presse, die unter Hinweis auf das Fehlen solcher Persönlichkeiten wie Kautsky in die Sache so darstellt, als bestände die Delegation nur aus Männern des wilhelminischen Deutschlands. Sie sieht daraus alle ihr ausdünkenden Folgerungen und begründet damit die absichtlich wenig selbstvolle Verhandlung der Deutschen. Es ist ferner zweifelsohne, daß die sozialistische Presse, die von der Anwesenheit von "Arbeiterdelegierten" keinerlei Kenntnis nimmt, zum Eintreffen von Kautsky hätte Stellung nehmen müssen. Kautskys Artikel in der "Freiheit" über die Frage "Unterscheiden oder nicht?" wird heute hier in italienischen Anstaltungen kommentarlos wiedererzählt.

## Eine amtliche Anfrage bei der Entente.

Versailles, 4. Mai. Die deutsche Delegation ließ heute amtlich bei den Entente-Regierungen anfragen, wann der Friedensvertrag überreicht werde. Die Entente erwiderte bisher keine Antwort.

## Einladung an Italien.

Paris, 4. Mai. (Monter.) Der Rat der Drei hat Italien eingeladen, an den Sitzungen der Friedenskonferenz wieder teilzunehmen. Die Einladung ist in einem Tone gehalten, der vermuten läßt, daß Italien sie annehmen wird.

## Belgien unterzeichnet den Friedensvertrag.

Brüssel, 4. Mai. (Sowas.) Der Kontrat hat beschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ferner wurde beschlossen, um die Unterstützung der Alliierten zwecks Eröffnung von Unterhandlungen mit Holland zur Regelung der Frage der Freiheit der Schelde und der Freiheit der flämischen Führerbindungen Belgiens zu ersuchen.

## Umkurz in Ungarn?

Die Wiener "Neue Freie Presse" teilt mit, daß die Budapestener Regierung mit den Wiener Entente-Missionen in Verhandlungen über die Kapitulation der ungarischen Regierung eingetreten sei. Es liegen ferner folgende Drohmeldungen vor:

Wien, 4. Mai. (Kochbureau.) Gestern um 11 Uhr nachts hat sich eine englische Mission im Sonderzug nach Budapest begeben.

Budapest, 5. Mai. Das ungarische Korrespondenzbureau erklärt, an der Pariser Meldung, die Budapestener Regierung habe die Bedingungen der Kapitulation sofortige Kapitulation der Regierung, Übergabe aller Waffen und der gesamten Munition sowie die Befreiung von Budapest durch die Alliierten angenommen, sei kein wahres Wort.

## Das Ende der Sozialisierung.

Von Prof. Dr. C. Dallod.

Die Sozialisierungskommission ist tot. Die Minister verkünden, man könne nichts sozialisieren, weil alles zu Tode gestreift sei. Und es geht klar nach rechts. Ein vom Sozialdemokraten zum Ueberwachungs- und Ueberreaktionär hindurch gemaufert, von literarischem Diebstahl lebender Schriftsteller, der in der konservativen Presse mit einer vernichtenden Kritik meins "Zukunftstaates" abgefallen ist (die "Deutsche Tageszeitung" war so anständig, eine Juridiktstellung seiner verlogenen Verschuldigungen zu veröffentlichen) kocht aus koberem Bersted eines Pseudonyms (Stil und Inhalt verraten den Mann) gegen meinen "Zukunftstaat" in dem sozialistischen "Hamburger Echo" einen seiner Meinungen noch offenbar tobringenden Giftspeiß ab, indem er mir vorwirft, ich hätte bei der Berechnung der Produktivität der Arbeit mich um das dreitausendfache verrohen. Weis: eine Druckfehler ("Millionen" anstatt "Milliarden"), der für den Zusammenhang und die Rechnung selbst gänzlich belanglos ist. Voll sittlicher Entehrung schreit der Samirist nach dem Kabi: die Studenten sollten gegen solche Hochschullehrer geschützt werden. Fürwahr, wir haben es bereits weit gebracht in der deutschen sozialen Republik!

Über kehren wir zu der Frage der Sozialisierungsmöglichkeiten zurück: Liegen die Dinge wirklich so, daß die deutschen Arbeiter, die durch Streiks heute die Sozialisierung erzwingen wollen, Verbrecher am Vaterlande sind, die sich reumütig an die Brust zu schlagen und demütig unter die sozialistische Fuchtel zu knien haben, damit der Kapitalismus die deutsche Volkswirtschaft weiter regiert? So will es die hochweise "sozialistische" Regierung. Sozialistische? Nun, die Herren an der Spitze haben sich vor den Wahlen als Sozialisten gebürdet, sind von den deutschen Arbeitern im Vertrauen auf ihre sozialistische Gesinnung gewählt worden. Jetzt haben sie entdeckt, daß die Sozialisierung eine Unmöglichkeit wäre. Insofern wäre es ihre Pflicht, ihre Mandate dem deutschen Volke zur Verfügung mit dem offenen Bekenntnis ihrer Gesinnungsänderung zu stellen. Das tun sie aber nicht, sie berufen sich darauf, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bürgerlich gewählt hätte. Da hätten sie dem konsequenterweise die Pflicht, die Regierung niederzulegen, es den bürgerlichen Parteien allein zu überlassen, mit den heutigen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das tun sie wiederum nicht — sie erachten es für ihre Aufgabe, der Reaktion zu dienen.

Wer die bürgerlich-demokratischen Mütter in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, der wird wissen, daß die einschüchternden bürgerlichen Volkstäter bereits von einem Grollen ob des Stimpertums und der Antisozialisierungspolitik der Regierung erfüllt werden. Das "Berliner Tageblatt" hat mit Recht das heutige Weimar mit Capua verglichen. Direktoren von Aktiengesellschaften Capua verglichen. Direktoren von Aktiengesellschaften sprechen es klar aus, der Hauptgrund der Erbitterung der deutschen Arbeiterklasse sei die von der Regierung besetzte Sozialisierungsmethode d. h. die Methode, die Sozialisierung zu verlocken. Man sieht: bei den führenden Geistern selbst der bürgerlichen Parteien findet sich die Einsicht, daß die heutige Regierung mit ihren Maximen dem Abgrunde zustrahlt. Einrücklos und blind sind doch die in Weimar versammelten Parteikonferenzen aller drei herrschenden Parteien und die die Regierung innabenden "sozialistischen" Minister. Für die gibt es nichts zu sozialisieren, die haben sich von ihren Obermännern darüber belehren lassen, daß der Sozialismus das mindereverträgliche wirtschaftliche System wäre.

Wie merkwürdig! Im Kriege, unter der harten Fuchtel Hindenburgs und Ludendorffs mußten auch die verstocktesten Geheimräte dran glauben, daß der Sozialismus das produktivere, zum mindesten das in der Not des Vaterlandes notwendige Wirtschaftssystem wäre. Da mußten Zusammenlegungen von Betrieben vorgenommen, Arbeiter unter Lohnherabsetzung aus nicht unbedingt notwendigen Produktionsweizen in Friedenswirtschaft hinübergeleitet werden, es mußte, um das "Durchhalten" zu ermöglichen, die Frauenarbeit in umfassendstem Maße herangezogen, der "vaterländische Hilfsdienst" eingeführt werden. Nach dem Friedensschlusse galt aber als höchste Weisheit, die Kriegswirtschaft schleunigst abzubauen, d. h. die Produktivität der Volkswirtschaft zu senken.





